

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

www.lvz.de | Donnerstag, 11. Januar 2018

DELITZSCH · EILENBURG

124. Jahrgang | Nr. 9 | 1,60 Euro

PARTNER IM REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND # RND

MILCHLASTER VERUNGLÜCKT BEI RACKWITZ

100 000 Euro Schaden: Fahrer kommt von B184 ab und kippt seinen Lkw auf Radweg **SEITE 25**



DAYOT UPAMECANO IM INTERVIEW

Der 19-jährige Franzose über sein erstes Jahr bei RB Leipzig und WM-Hoffnungen **SPORT**



Prozesslawine nach Hooligan-Angriff auf Connewitz

LEIPZIG. Auf die Amtsgerichte in Leipzig und Umgebung kommt im Zusammenhang mit dem Angriff von Rechtsextremen auf den linken Szenestadtteil Connewitz eine Prozesslawine zu. Zwei Jahre nach den Ausschreitungen am 11. Januar 2016 hat die Staatsanwaltschaft 100 Tatverdächtige angeklagt. Der Vorwurf: Landfriedensbruch im besonders schweren Fall. Um die Gerichtsverfahren effektiv zu gestalten, wurden die einzelnen Verfahren in 51 Anklagen gebündelt, sodass jeweils gegen zwei Beschuldigte verhandelt wird.

Die noch ausstehenden 105 Verfahren sollen nach Angaben der Staatsanwaltschaft in den nächsten Wochen abgeschlossen werden, so die Anklagebehörde. Elf Ermittlungsverfahren waren zuvor bereits an die Generalstaatsanwaltschaft Dresden abgegeben worden.

Bei den Krawallen in Connewitz, an denen neben Rechtsextremen auch zahlreiche Hooligans beteiligt waren, wurden nach Angaben des sächsischen Justizministeriums 23 Ladengeschäfte sowie mindestens 16 Fahrzeuge angegriffen. Der Gesamtschaden wird auf mehr als 112 000 Euro beziffert. **► Seite 13**

In Eilenburg wird jetzt abgespeckt

Ran an die Fitness-Geräte: Die guten Vorsätze zum neuen Jahr zeigen auch in Eilenburg, Delitzsch und Bad Dübau Wirkung. Die Fitnessstudios der Region melden regen Zulauf. Darüber kann sich auch Petra Heynig, Chefin der Eilenburger Aktiv-Oase, freuen. Hier demonstriert sie mit Jonas Cramer Liegestütze unterstützt von Schlingen zur Steigerung der Körperspannung. ► Seite 28

Foto: Wolfgang Sens



LEITARTIKEL

VON ULRICH MILDE



Sachsens Wirtschaft geht nicht unter

Geht Sachsens Wirtschaft den Bach runter? Da sagten Chinesen soeben eine Milliardeninvestition ab, die Ansiedlung des Feinkostherstellers Homann wackelt, Siemens will in Görlitz und Leipzig Werke schließen, der Waggonbau Niesky hat Insolvenz beantragt, Bombardier plant Einschnitte in Görlitz, Solarworld hat in Freiberg zahlreiche Arbeitsplätze rasiert.

Gemach, gemacht. Die Häufung der Tiefschläge ist ohne Zweifel bedauerlich und ärgerlich vor allem für diejenigen, deren Job auf der Kippe steht. Im permanenten Strukturwandel, verbunden mit einem harten Wettbewerb quer durch alle Branchen in einer globalisierten Welt, sind Veränderungen auch in Unternehmen gang und gäbe, oftmals unvermeidbar. Panikmache ist nicht angebracht. Sachsens Wirtschaft hat schon viele ökonomische Einschnitte weggesteckt, ohne gleich unterzugehen. Die Konjunktur brummt seit einigen Jahren, es entstehen viele neue Stellen gerade im innovativen Mittelstand, und Großinvestitionen wie die von Daimler in Kamenz, Bosch und Philip Morris in Dresden sind in der Pipeline. VW baut für eine Milliarde Euro das Werk in Zwickau zum Zentrum für Elektromobilität um, BMW steckt 300 Millionen Euro in den Ausbau der Leipziger Fabrik. Auch bei Porsche deuten die Signale auf Expansion.

Sachsen steht nicht alleine ordentlich da. Thüringen freut sich über einen anhaltenden Investitionsschub. Sachsen-Anhalt förderte im vorigen Jahr Investitionen der Unternehmen in Höhe von 1,12 Milliarden Euro, das Fünffache des Werts von 2016. All das belegt, dass die mitteldeutsche Wirtschaft vorankommt. Neugründungen und Erweiterungen gehören ebenso zum marktwirtschaftlichen Alltag wie Pleiten und Produktionsverlagerungen. Aber die Waage neigt sich glücklicherweise zum Positiven.

Was jedoch keine Garantie ist, dass es so bleiben wird. Bei den Investitionen der Industrie gibt es in Sachsen wie in weiten Teilen der Bundesrepublik eine bedrohliche Zurückhaltung. Wenn etwa die Firmensteuern in den USA kräftig sinken, dann sind Auswirkungen auch im Freistaat zu befürchten. Oben drauf kommt, dass die Energiepreise hierzulande im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau verharren. Investitionen und Arbeitsplätze gehen vorrangig dorthin, wo die besten Rahmenbedingungen herrschen. Das kann auf lange Sicht zu einem wirtschaftlichen Substanzverlust in Deutschland führen. Gefordert ist hier in erster Linie die Politik, die Attraktivität des Standortes zu sichern.

► u.milde@lvz.de

THEMEN

DELITZSCH Löbnitzer Bürgermeister blickt zurück

LÖBNITZ. Wenn der Löbnitzer Bürgermeister Axel Wohlschläger auf das Jahr 2017 zurückblickt, dann sieht er vor allem die Ergebnisse, die beim Beseitigen der Hochwasserfolgen erreicht wurden. Fast alle Schäden sind beseitigt, acht Millionen Euro wurden investiert. **► Seite 25**

EILENBURG Taxi-Geschäft immer schwieriger

EILENBURG. Die Zeiten haben sich geändert: Während die Menschen in Großstädten noch Fahrten mit dem Taxi zurücklegen, müssen die Taxiunternehmen in kleineren Städten wie Eilenburg auf andere Einnahmequellen zurückgreifen, um auf dem Markt zu bestehen. **► Seite 26**

POLITIK Zoff zwischen Union und SPD wegen Informationslecks

BERLIN. Die Informationslecks bei den Gesprächen über eine Große Koalition führten zu einem Eklat zwischen SPD und Union. SPD-Chef Martin Schulz beschwerte sich bei Kanzlerin Angela Merkel (CDU), dass Informationen an die Öffentlichkeit weitergegeben wurden. **► Seite 2**

Jobcenter in Sachsen geben immer mehr für Verwaltung aus

Linken-Politikerin Zimmermann kritisiert Umschichtung / Agentur weist das zurück

VON ANDREAS DUNTE

LEIPZIG. Die Jobcenter in Sachsen geben immer mehr Geld für die Verwaltung aus, das eigentlich für Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt vorgesehen ist. Das ergab eine Antwort der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf eine entsprechende Anfrage der stellvertretenden Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Sabine Zimmermann.

Im vergangenen Jahr wurden demnach von den sächsischen Jobcentern (gemeinsame Einrichtungen von Arbeitsagentur und Kommune) 21,79 Millionen Euro aus Eingliederungsmitteln zur Deckung von Verwaltungskosten verwendet und umgeschichtet. Dies waren 13,6 Prozent der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit. 2016 wurden 21,24 Millionen Euro umgeschichtet. „Es ist ein Skandal, dass Leistungen zur Eingliederung in Arbeit zum Stopfen des Haushaltslochs für die Verwaltung der Jobcenter verwendet werden und damit zur Unterstützung von Erwerbslosen nicht zur Verfügung stehen“, kritisiert Zimmermann. Laut der sächsischen Bundespolitikerin gehen die Jobcenter unterschiedlich mit den Mitteln um. Den höchsten Anteil mit 25,3 Prozent der Eingliederungsleistungen schichtete im Jahr 2017 das Jobcenter Nordsachsen um, den geringsten mit 6,7 Prozent das Jobcenter Leipzig.

Bei der Regionaldirektion der BA in Sachsen sieht man das anders. Man verwende das Geld nicht, um den Verwaltungsapparat aufzublähen. Die Jobcenter könnten das Geld eigenständig für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgeben oder für betreuungsintensive Beratung und Unterstützung, erklärt Reinhilde Willems, Geschäftsführerin der Regionaldirektion Sachsen mit Sitz in Chemnitz. Oder anders gesagt: „Die Jobcenter entscheiden, ob sie arbeitsmarktpolitische Aufgaben eher selbst oder mithilfe Dritter erledigen.“ So könnten beispielsweise die Arbeitsvermittler selbst ein Bewerbungstraining vornehmen oder damit Bildungseinrichtungen beauftragen – je nach Ausrichtung des Jobcenters. Oberstes Ziel sei immer, so Willems, dass Menschen aus der Grundsicherung (Hartz IV) wieder in Lohn und Brot kommen. Denn

um jemanden gut auf eine Arbeit vorzubereiten, seien vorher meist Investitionen in dessen Qualifikation erforderlich – das koste Geld. Falls zu wenig Geld zur Verfügung stehe, könnten mittelfristige Personalstrategien entwickelt werden. Das vom Bund bereitgestellte Geld sei in der Tat zu knapp, räumt dann auch die Linken-Politikerin Zimmermann ein. „Der Haushalt der Jobcenter muss von einer neuen Bundesregierung deutlich erhöht werden. Der Etat der Jobcenter ist von Anbeginn an, sowohl für Eingliederungsleistungen als auch für Verwaltung/Personal, zu niedrig gewesen.“

Statt Erwerbslose weiterhin auf Abstellgleis zu schieben und zu drängeln, müsse der Bund ausreichend Geld zur Förderung bereitstellen. Und weiter: „Viele erwerbslose Menschen wünschen sich eine bessere individuelle Unterstützung, wie zum Beispiel Weiterbildungsangebote, die ihnen aber oft versagt werden. Ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung ist längst überfällig.“

Ohnehin müsse man das System Hartz IV, so Zimmermann, durch eine Mindestsicherung ohne Sanktionen ersetzen.

Verkehrsgerichtstag: Löst Leipzig Goslar als Ausrichter ab?

LEIPZIG. Für Leipzig deutet sich ein spektakulärer Veranstaltungscoup an. Der renommierte Deutsche Verkehrsgerichtstag (VGT) könnte demnächst an der Pleiße stattfinden. Grund: Die Veranstalter liebäugeln mit einem Ortswechsel – und die Leipziger Messe bietet sich als Austragungsort an. Messe-Sprecher Steffen Jantz bestätigte gestern der Leipziger Volkszeitung, „dass dem VGT für die Veranstaltung ein Angebot vorliegt und wir uns im Gespräch befinden“. Zuvor hatte VGT-Präsident Kay Nehm gesagt, dass man einen Ortswechsel für den in der Harzstadt stattfindenden Kongress „in den Blick nehme“. Als Gründe nannte Nehm „die wachsende Zahl der Interessenten, schleppende Verbesserungen vor Ort und ein interessantes Angebot aus Leipzig“. Jantz sagte weiter: „Es ist zweifellos ein sehr attraktiver Kongress mit hoher medialer Aufmerksamkeit.“ Flankenschutz erhält die Messe von Sachsens Justizminister Sebastian Gemkow (CDU). „Die Durchführung in Leipzig wäre ein großer Gewinn für die Stadt. Sachsen würde sich als guter Gastgeber erweisen und alles dafür tun, einen Umzug nach Leipzig zu unterstützen“, sagte Gemkow. Der VGT hat sich zu einem international beachteten Forum zu Fragen des Verkehrsrechts entwickelt. Ende Januar findet in Goslar die 56. Auflage statt. **Andreas Dunte**

FINANZEN

| | | |
|------------|---------------|----------------|
| | | |
| DAX | TecDAX | EUR/USD |
| 13.281,34 | 2649,77 | 1,1992 |
| (-0,78%) | (-1,35%) | (+ 0,50%) |

WETTER

| | | |
|-----------|-----------|-----------|
| | | |
| DO | FR | SA |
| 3° 2° | 4° 1° | 3° -1° |

LVZ-KONTAKT

Telefon 0341 2181-0
Abonnenten-Service 0800 2181-020*
Ticket-Service 0800 2181-050*

www.lvz.de
 LVZ Nordsachsen
 @LVZ

*Kostenlose Servicenummern



Lizenz zum Rumsitzen

Berliner Verkehrsbetriebe bringen Ticket-Schuh heraus

VON JAN STERNBERG

Die meisten Turnschuhe werden an Leute verkauft, die damit keinen Sport treiben. Das ist nicht neu. Neu hingegen ist der Sneaker, den Adidas und die Berliner Verkehrsbetriebe BVG jetzt präsentiert haben: Ein Turnschuh mit der Lizenz zum Rumsitzen, in U-Bahn, Tram und Fähre. Der „EQT-Support 93/Berlin“ ist nicht nur im modisch fragwürdigen Design der BVG-Sitzbezüge gehalten, er hat vor allem ein Jahresticket in die Lasche integriert.

Für 180 Euro gibt es das ganze Jahr freie Fahrt in allen BVG-Verkehrsmitteln. 500 Stück sind ab 16. Januar erhältlich – sie werden binnen weniger Stunden ausverkauft sein. Nicht nur, weil der Preis für die Jahreskarte unschlagbar niedrig ist, sondern vor allem, weil der Schuh ein begehrtes Sammlerstück sein wird. BVG-Sprecherin Petra Reetz erwartet daher, dass viele Käufer das Jahresticket gar nicht in Anspruch nehmen. Sie stellt klar: „Die Schuhe gelten nur als Fahrkarte, wenn auch beide getragen werden. Sie im Karton mitzuführen, reicht nicht.“ Getragene Sneaker verlieren in der Sammlerszene aber an Wert. „Wir reden

gar nicht drumrum, es ist ein Werbegag“, sagt Reetz. Für 180 Euro gibt's den begehrten Sammelschuh samt Ticket.

Der Gag zündete bereits: In den sozialen Netzwerken wurde der Schuh tausendfach kommentiert – lobend und gehässig. „Der Moment, wo sich Kontrolleure vor dir bücken müssen – unbezahlbar“, schrieb etwa die „Berliner Zeitung“ auf Twitter. Reetz kontert allerdings: „Unsere Kontrolleure werden diesen Schuh schon von weitem erkennen, da ist Bücken nicht nötig.“

Nur die Frage, wie BVG und Adidas mit Produktpiraten umgehen, die Schuh und Fahrkarte fälschen könnten, kann sie nicht beantworten.



Turnschuh inklusive Jahresticket für die Berliner Verkehrsbetriebe. Foto: Overkillshop

Siemens erhielt über 300 Millionen Euro Förderung vom Bund

BERLIN. Der Siemens-Konzern hat in den zurückliegenden zehn Jahren mehr als 300 Millionen Euro an Fördermitteln aus dem Bundeshaushalt erhalten. „Soweit die Bundesregierung dies ermitteln konnte, hat der Siemens-Konzern seit 2007 Fördermittel des Bundes von mindestens 305 149 761 Euro erhalten“, heißt es in der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Pascal Meise (Linke), die dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorliegt.

Siemens hatte im November die Streichung von 6900 Stellen weltweit angekündigt, etwa die Hälfte davon in Deutschland. Laut Bundesregierung flossen mit 255 Millionen Euro die meisten Mittel nach Bayern, wo der Konzern seinen Stammsitz hat. Die jetzt von Stellenabbau und Werkschließungen betroffenen Standorte erhielten seit 2007 knapp 35 Millionen Euro Förderung vom Bund. Noch im vergangenen Jahr zahlte der Bund knapp 1,2 Millionen Euro für die betroffenen Siemens-Standorte in Leipzig, Görlitz und Mülheim/Ruhr. Zudem hat die Bundesregierung seit 2007 für Siemens Exportgarantien von mehr als 9,7 Milliarden Euro übernommen. **rabu**

Anzeige

DIESEN FREITAG IM JACKPOT

54 MIO. €*

Online auf sachsenlotto.de und in bis zu 1300 Annahmestellen

* in Klasse 1 – Summe gerundet – Gewinnchance rd. 1:95 Mio.



Das Glück ist so nah.

Spieletilnahme ab 18 Jahren. Verantwortungsbewusst spielen. Glücksspiel kann süchtig machen! Nähere Informationen unter: BZgA 0800 3372700 (kostenlos und anonym) und www.sachsenlotto.de